

Die Reise nach Richistan

Die Reichen werden immer reicher, die Löcher in den öffentlichen Haushalten tiefer und tiefer. Zufall? Mitnichten. Beides sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

VON HANS JÜRGEN KRYSMANSKI, MÜNSTER

Der Zusammenhang zwischen privatem Reichtum und staatlichen Schulden fällt in der öffentlichen Debatte allzu gern unter den Tisch.

Der sicherste aller Schuldner und damit der Traum aller Kreditgeber ist – nach wie vor – der Staat.

Dabei trägt der Schulden machende Staat kräftig bei zur Konzentration von privatem Reichtum. Indem er auf den privaten Finanzmärkten Kredite aufnimmt, verpfändet er einen Teil des Steueraufkommens an so genannte institutionelle Anleger wie Investmentbanken oder Aktienfonds. Diese aber sind nichts anderes als Frontorganisationen der Reichen, der Vermögenden, der „High Net Worth Individuals“ (HNWI).

Richistan

Für das imaginäre Land, in dem alle diese Gläubiger hausen, hat das Wall Street Journal den Namen „Richistan“ erfunden. In den Palästen Richistans leben weltweit – und man kann das nur global betrachten – 10.000 bis 20.000 Superreiche mit jeweils einem frei verfügbaren Vermögen von mehr als 500 Millionen Dollar, darunter rund 3000 Milliardäre mit Vermögen von bis zu 60 Milliarden Dollar. Diese Geldfürsten bilden zusammen mit den rund 100.000 Geldgrafen und Geldbaronen – mit Vermögen zwischen 30 Millionen und 500 Millionen – die Gruppe der „Ultra High Net Worth Individuals“ (UHNWIs). Hinzu kommen eine Million Angehörige des einfachen Geldadels – HNWIs – mit Vermögen zwischen fünf Millionen und 30 Millionen Dollar sowie rund 15 Millionen Personen des niederen Geldadels mit Vermögen zwischen einer Million und fünf Millionen Dollar. Fast alle sind nach der jüngsten Krise zumindest auf dem Papier wieder obenauf und reicher als zuvor. Wie kommt das?

Wem gehört die Bundesrepublik?

Bei uns haben diese Gläubiger inzwischen Staatsschuldscheine von über 1,6 Billionen (1600 Milliarden) Euro in der Hand. Damit fließen den Richistani



allein in diesem Jahr etwa 66 Milliarden Euro an Zinszahlungen aus dem bundesdeutschen Haushalt zu. Nach dem Sozialbudget (147 Milliarden Euro) ist dies der zweitgrößte Ausgabenposten im Budget der Bundesregierung.

Die Identität dieser Gläubiger aber wird konsequent aus der öffentlichen Diskussion herausgehalten. Die Gläubiger des Staates verstecken sich hinter dem Bankgeheimnis. Sogar die bundesdeutsche Finanzagentur, die für den Bund die Kreditaufnahme regelt, kennt die Geldgeber nicht. Zwar sei das Interesse groß an der Frage „Wem gehört die Bundesrepublik?“, sagt einer ihrer Sprecher. Aber ihre Beantwortung scheitert an den Interessen derer, die die Papiere des Bundes erworben.

Nun sind vermögende Staatsgläubiger – so sie überhaupt in Deutschland leben – ja angeblich auch große Steuerzahler. Es könnte also sein, dass sie mit den Staatsschuldzinsen nur ein wenig von dem zurückerhalten

wen, was ihnen zuvor an Steuern abgeknöpft wurde. Doch weit gefehlt. Die von Vermögenden zu zahlenden Steuern sind in der Regel Erbschafts-, Grund-, Gewerbe-, Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuern. Mit dem Aufkommen aus diesen Steuern in Höhe von jährlich rund 65 Milliarden Euro könnten nach einer fiktiven Aufrechnung die jährlichen Staatsschuldzinsen von 66 Milliarden Euro knapp finanziert werden. Aber selbst dann bliebe es bei einem Nullsummenspiel; die Steuern des Geldadels in Deutschland tragen nicht das Geringste zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben bei.

Die andere Seite der Staatsverschuldung

Staatsverschuldung kann, sagen zumindest die Keynesianer unter den Ökonomen, eine Volkswirtschaft aber auch befähigen. Insofern ist sie nicht von vornherein schlecht – vorausgesetzt, sie wird verbunden mit einer klugen Steuerpolitik, welche die Rei-

chen und vor allem die Superreichen ordentlich zur Kasse bittet. Aber an einer solchen Eindämmung mühevoller Gewinne sind die Bewohner Richistans selbstverständlich nicht interessiert.

Eine Staatsverschuldung mit Bereicherungseffekt für die Reichen dient – wie jegliche Geldumverteilung von unten nach oben – ja auch der Machtkonzentration. Den Herren und Damen von Richistan ist klar, dass Geldkapital in einer Verschuldungskrise wie in den 1930ern oder heute völlig wertlos werden könnte. Sie stellen sich ein auf kommende ökonomische und soziale Katastrophen, auf revolutionäre Unruhen. Mit ihrem flüchtigen Geld kaufen sie sich ein in Gated Communities und Sicherheitszonen. Durch Korruptionszahlungen schaffen sie sich Einfluss- und Abhängigkeitsnetze. Vor allem aber richten sie sich im Zusammenspiel mit staatlichen und politischen Strukturen auf „Kapitalschnitte“ und „Währungsreformen“ ein – aus denen, wie die Geschichte lehrt, die ganz Großen auf Kosten aller Kleineren immer gestärkt hervorgegangen sind.

„Der Krieg der Staaten geht, der Konflikt der Klassen kommt“, prognostiziert das strategische Militärinstitut des Britischen Verteidigungsministeriums für das Jahr 2030: Aufgerieben zwischen „wachsender sozialer Verelendung einerseits und dem schamlosen Leben der Superreichen andererseits“ könnten sich nicht nur die Unterschichten, sondern vor allem die „Leistungs- und Wissensebenen, die früher einmal Bildungsbürger und Facharbeiter genannt wurden“, zu einem schlagkräftigen Interessenverbund zusammenschließen. Diese „neue Klasse“ würde dann politisch für ihre eigenen grenzüberschreitenden Interessen gegen den Kapitalismus der Superreichen kämpfen.

Deshalb müssen die Reichen immer reicher werden, deshalb rüstet Richistan auf. Und wie ist das in Deutschland? Merz, Schröder, Clement, Koeh, Köhler und wie sie alle heißen – sie sind schon aufgesprungen auf diesen Zug.

HANS-JÜRGEN KRYSMANSKI IST EMERITIERTER PROFESSOR FÜR SOZIOLOGIE DER UNIVERSITÄT MÜNSTER.

Planlos in der Krise

„Wer Visionen hat, der sollte damit zum Arzt gehen“ sagte Bundeskanzler d. Reserve Helmut Schmidt

VON GEORG SCHRAMM, BADENWEILER



Georg Schramm alias Lothar Dombrowski

Das Bedrückendste in diesen Tagen ist für mich die völlige Abwesenheit einer Vision. „Wir wollten schnellstmöglich wieder dahin, wo wir vor der Krise waren“, sagte die Kanzlerin und erntete für diese Bankrotterklärung starken Applaus ihrer bürgerlichen Koalition.

Weit und breit noch nicht einmal der Versuch, den Abschied vom Wachstum gedanklich zu gestalten.

Die Linke klebt noch am Staatssozialismus, der ist aber keine Vision, sondern eine niederschmetternde Erfahrung. Die SPD taktiert nur, der sitzen noch Gestalten wie Helmut Schmidt im Nacken, der seine Nikotinabhängigkeit mit freiem Bürgergeist verwechselt. „Wer bei uns Visionen hat, der sollte damit zum Arzt gehen“, hat Schmidt mal gekalauert.

Bei der Union dasselbe: Visionären Konservativen wie Heiner Geißler wird in der CDU Partei Austritt und psychiatrische Behandlung empfohlen.

Für eine Vision müssen wir das Land verlassen, wenigstens gedanklich. Wir müssen zurück zur letzten Weltwirtschaftskrise.

Am 4. März 1933 ging ein Ruck durch ein Land. Durch Deutschland auch, aber das meine ich nicht. (Bei uns wurden in diesen Tagen Hunderte aufrechter Demokraten von der Gestapo abgeholt.)

Ich meine die USA, dort verkündete an diesem Tag Präsident Roosevelt den „New Deal“, den großen Gesellschaftsvertrag. Eine Vision, und was für eine. Der Zustand der USA vor dem „New Deal“ war geprägt durch Finanz- und Wirtschaftskrise, Rezession, Massenarmut, verrottetes Bildungssystem und Superreiche, die das Land plünderten. Eine Beschreibung, die uns bekannt vorkommen muss.

Eine Generation später blühte das Land wie nie zuvor, dynamische Mittelschicht, solide Mindestlöhne, und aus den Superreichen waren Wohlhabende geworden. Durch eine gewaltige Umverteilung von oben nach unten.

Kennen sie den Unterschied zwischen wohlhabend und reich? Warren Buffett, einer der Top Ten der Weltrangliste, hat „reich“ definiert: Wenn beim Geldzählen eine Million fehlt und man merkt es nicht, dann ist man reich.

Roosevelt setzte seinen Deal damals gegen den erbitterten Widerstand der Reichen durch. Es gab Morddrohungen, als er für be-

grenzte Zeit den Spitzensteuersatz auf 75 Prozent und die Erbschaftsteuer auf mehr als 40 Prozent erhöhte.

1936 hielt er eine Wahlkampfrede, die es in sich hatte. Zitat: „Wir müssen uns der alten Feinde erwehren – Wirtschafts- und Finanzmonopole, Spekulation, rücksichtslose Banken, Kriegsgewinnler. Sie betrachten die Regierung schon als ein bloßes Anhängsel ihrer eigenen Geschäfte...“

Was sagt man dazu? Das war kein weltfremder sozialistischer Spinner, der das sagte, sondern einer der besten Präsidenten, die Amerika je hatte. Mit solchen Reden konnte man schon mal Wahlen gewinnen in einem durch und durch kapitalistischen Land!

So was könnten wir auch gut brauchen. Weil wir gerade bei 1933 waren, sollten wir uns in Erinnerung rufen, wie die deutsche Regierung damals auf die Weltwirtschaftskrise reagierte: mit dem Gesetz „zur Beseitigung von Not und Elend des Volkes“, verabschiedet am 24. März 1933, bekannt geworden als „Ermächtigungsgesetz“, das die demokratischen Rechte außer Kraft setzte. Das bürgerliche Lager, inklusive Adenauers Zentrum und dem liberalen Theodor Heuss, haben damals zugestimmt. Der Grund für diese Zustimmung ist rückblickend ungeheuerlich: Hitler hatte ihnen versprochen, die Funktion des Reichspräsidenten Großadmiral Hindenburg zu erhalten.

In den USA führte Roosevelt den Staatskapitalismus ein und schröpfte die Reichen, bei uns engagierten Großkapital und Hochfinanz einen Schlägertrupp, um die systemische Bedrohung in den Griff zu kriegen – durch Raubmord und Erweiterung des Lebensraums.

Was will uns die Geschichte damit sagen? Vielleicht, dass unser stolz bürgerliches Lager nicht in jeder Krise weiß, wie man in schwerer See den Kurs hoch hält.



KRISE? KENNEN WIR NICHT!

Uns gehören 23 % der Vermögen in Deutschland – fast 1.500 Milliarden Euro. Seit 2002 sind allein 150 Milliarden (150.000 Millionen) hinzugekommen. Weil wir so viel gar nicht ausgeben können, spekulieren wir an den Finanzmärkten.

Dass wir dabei nicht gestört werden, ist das bleibende Verdienst auch dieser Bundesregierung. Danke, dass Sie lieber Normalverdienern und Hartz-IV-Empfängern den Gürtel enger schnallen.

UNSER MOTTO:

Lieber am Existenzmaximum herumhummern als am Existenzminimum herumkriechen.

1%a reichstes Prozent